

Erscheint jede Woche

Samstags / Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., durch die Post ins Haus gebracht 1.12 Mk. / Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau erhalten das Blatt umsonst / Alle Postanfragen nehmen Begehren entgegen

Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau Ver kündigungs-Organ der handwerkskammer Wiesbaden

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile 40 Pfg.; kleine Anzeigen für Mitglieder 30 Pfg. / Bei Wiederholungen Rabatt / für die Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau werden 10 Prozent Sonder-Rabatt gewährt

herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 4. Mai

Anzeigen-Aannahmestelle:

hermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 636

Inhalt: Ehrentafel — Gewerbl.-techn. Bücherei — Die Geschäftsstellen der Kreisverbände — Verband deutscher Gewerbevereine und Handwerker-vereinigungen — Die deutsche Faserstoffausstellung — Das preussische Wohnungsgezet — Technisches — Nassauische Landesbank, Sparkasse und Lebensversicherungsanstalt im Jahre 1917 — Bücher-schau — Anzeigen.



Ehrentafel

Auf dem Felde der Ehre
fielen:

Aussetier Conrad Sparwasser, Sohn des Mitgliedes Vereinsdiener Conrad Sparwasser, Eppstein im Taunus.

Befeldweber und Off.-Aspirant Johann Weimer, Inhaber des Eis. Kreuzes, Sohn des Mitgliedes Weichensteller I. Kl. Joh. Weimer, Elz.

Ehre ihrem Andenken!

Das Eisene Kreuz II. Klasse erhielten:

Unteroffizier Ernst Abendschein und Kanonier Heinrich Abendschein, Söhne des Mitgliedes Bäckermeister Joh. Abendschein in Wiesbaden.

Sergeant W. Jung, Sohn des Mitgliedes Tapeziermeister D. Jung in Wiesbaden.

Dragoner Emil Berghof, Sohn des Mitgliedes Tapeziermeister Karl Berghof in Wiesbaden.

Kraftfahrer Hans Berger, Sohn des Mitgliedes Fabrikant Max Berger in Wiesbaden.

Gefreiter Pionier Peter Gudes, Sohn des Vorstandsmitgliedes Christ. Gudes, Margheim.

Aussetier Werner, Sohn des Mitgliedes Schreinermeister Werner, Wiesbaden.

Berechtigung: Leutnant und Kompanie-Führer Schweizer hat das Eisene Kreuz II. Klasse erhalten, nicht 2. Klasse, wie in letzter Nummer irrtümlich gemeldet wurde.

Wir bitten um Mitteilung über die für das Vaterland gefallenen Mitglieder, sowie über Mitglieder, denen im Felde eine Auszeichnung verliehen wurde.

Um peinliche Irrtümer zu vermeiden, bitten wir, uns nur durchaus verbürgte Mitteilungen abgeben zu lassen.

**Gewerblich-technische Bücherei
des Gewerbevereins für Nassau
mit Lesesaal und Auslage der Patentschriften.
Wiesbaden, Rheinstraße 42.**

Öffnungszeiten: Täglich mit Ausnahme von Samstags, nachm. von 3-6 Uhr.

Die Geschäftsstellen der Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe

erteilen Rat und Auskunft und gewähren Beistand

in allen wirtschaftlichen, technischen, rechtlichen und sozialen Angelegenheiten für Handwerk und Gewerbe, insbesondere auch in der Rohstoff-, Arbeits- und Kreditbeschaffung, Hilfsdienstpflicht, Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge u. a. Benutzung für Jedermann, für Mitglieder gebührenfrei.

Übersicht über die Geschäftsstellen und Benutzungszeiten.

Kreisverband	Sitz der Geschäftsstelle	Straße und Hausnummer	Sprechstunden	Name des Geschäftsführers
1. Biedenkopf . . .	Biedenkopf			Techniker Schmidt
2. Dillkreis	Dillenburg	Oranienstr. 30 .		Kreisbaumeister Röder
3. Höchst a. M. . . .	Höchst a. M. . . .	Kaiserstraße 8 .	Mittwochnachm. 6-7 Uhr	Rechtant Hartleib
4. Limburg a. L. . .	Limburg a. L. . .	Altes Schloß Domplatz		Fortbildungs-Schulleiter Dücker
5. Oberlahn	Weilburg			Vorsitzender Schneidermeister E. Schäfer
6. Obertaunus . . .	Bad Homburg v. d. H.			Hoffpengermeister J. Schenderlein
7. Rheingau	Eltville			Architekt Bruns, Rüdesheim
8. St. Goarshausen .	Oberlahnstein . . .			Vorf. Buchdruckereibesitzer Ed. Schidel
9. Unterlahn	Diez	Oranienstr. 11 .	Montag, Mittw. und Freitag von 1-6 Uhr nachm.	Techniker Kuchenbuch
10. Untertaunus . .	Langenschwalbach, angeschlossen an das Handwerkamt Wiesbaden, Rheinstraße 42.			
11. Unterwesterwald.	Montabaur Grenzhausen Selters			Bürgermeister Reiss Fleckenstein Beigeordneter Sahm
12. Uffingen	Uffingen			Vorsitzender Bürgermeister Vismann
13. Wiesbaden-Land	Biedrich	Rathaus Zimmer Nr. 40	Tägl. 8-12 und 3-6, mit Ausn. Samstag nachm.	Architekt Schenk

Verband deutscher Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen.

Aus dem Bericht über die Sitzung des erweiterten Vorstandes des Verbandes vom 3. Februar 1918 in Darmstadt teilen wir folgendes mit:

Der Vorsitzende des Verbandes, Herr Geh. Regierungsrat Roach-Darmstadt, erstattete nach Begrüßung der Anwesenden einen eingehenden Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr und die Verbandstätigkeit und führte unter anderem dabei aus, daß der Verband unter den schwierigen Kriegsverhältnissen fest zusammen gehalten hat und es unbedingt notwendig ist, als

Deutscher Verband weiterhin kräftig zu bestehen, weil für den Wiederaufbau des Gewerbebestandes der Verband unentbehrlich ist. Der Krieg hat so recht vor Augen geführt, daß alle Berufsstände aufeinander angewiesen sind, daß der eine ohne den anderen nicht bestehen kann, und daß die Wiedergeburt des Gewerbe- und Handwerkerstandes allein aus sich heraus außerordentlich schwierig wird, wenn wir nicht auch die guten Beziehungen haben mit verwandten Berufsständen, und dazu gehören vor allen Dingen Handel, Industrie, Technik, Kunst

und Wissenschaft. Es wird auch im Gewerbe-stand in Zukunft notwendig sein, sich zu be-sinnen auf den Geist, der die Gewerbever-eine vor hundert Jahren ins Dasein gerufen hat, ein Geist der Sammlung, der alles Können und Wissen im deutschen Volke für unseren Handwerks- und Gewerbebestand nutzbar und fruchtbringend machen will. Insbesondere machte der Vorsitzende Aus-sührungen über die neu entstandenen Ar-beiten des Vorstandes bezüglich der Roh-stoffversorgung, des Versicherungswesens im Handwerk, der Organisationsfragen, der Schaffung beruflicher Gruppen, Mitwirkung bei den Bauvereinen, die Errichtung von Beratungsstellen u. a.

Nachdem der Schatzmeister den Rassen-bericht vorgetragen und den Jahreshaus-haltsplan 1917/18 bekanntgegeben hatte, die von der Versammlung genehmigt wurden, fand eine Aussprache statt über die weiter-hin gemachten Erfahrungen bei der Bildung von Fachgruppen und Lieferungsvereini-gungen in den Berufsvereinen und die Rohstoffversorgung des Handwerks. Dabei wies der Vorsitzende darauf hin, daß man eine Ueberorganisation zu vermeiden habe, vieles sei noch in Gärung begriffen, und daher erscheint die Forderung berechtigt, alles, was nicht unbedingt notwendig ist an neuen Organisationen, beiseite zu lassen und erst zu sehen, wie man mit den vorhandenen Organisationen wirt-schaften kann. Er gab eine ausführliche Darstellung über das Zusammenarbeiten des Verbandes mit dem Bunde der Bezugs-vereinigungen in Berlin, nachdem versichert wurde, der Handwerks- und Gewerbe-kammertag habe ebenfalls Gelegenheit mit-zuarbeiten und es sich dabei um eine Orga-nisation handele, um das Handwerk mit Rohstoffen, und zwar zunächst mit Leim zu versorgen. Insbesondere wies er darauf hin, daß es sich dabei nur um die Rohstoff-beschaffung handeln kann, die mit den Ver-sicherungs-Vereinigungen und der Zen-tralstelle der Lieferungs-Vereinigungen in Hannover nichts zu tun hat. Aus der Aussprache über diesen Punkt geht hervor, daß in den einzelnen Landes-verbänden die Frage nicht einheitlich gelöst werden kann und mancherorts die Lösung außerordentlich schwer ist. Die Aussprache hatte das Ergebnis, daß der erweiterte Vorstand damit einverstanden ist, daß der Verband mit dem Bund der Bezugsvereinigungen ein Abkommen getrof-fen hat und daß es sich lohnt, auf dieser Grundlage weiter zu arbeiten, unbeschadet der Mitarbeit bei der Hauptstelle für das Verdienstwesen am Sitz des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-kammertages bezüglich der Lieferungsvereinigungen. Bei den Besprechungen über das Genossen-schaftswesen wurde der Befürchtung Aus-druck gegeben, daß in der Folge wohl Schwierigkeiten entstehen durch den Um-stand, daß nicht überall die geeigneten Per-sönlichkeiten an die Spitzen der Genossen-schaften gestellt wurden. Herr Geheim-Regierungsrat Romberg-Göln wies darauf hin, daß seit 1903 bei der Gewerbe-förderungsanstalt für die Rheinprovinz in Göln sogenannte Genossenschaftskurse ab-gehalten werden, die den Zweck haben, ge-eignete Persönlichkeiten für die Leitung von Genossenschaften, die Geschäftsfüh-rung usw. auszubilden. Die Genossen-schaftskurse wurden getrennt durchgeführt für Kreditgenossenschaften und Rohstoff- und Werkgenossenschaften. Er empfiehlt, auch anderwärts derartige Kurse ins Leben zu rufen.

Bei Besprechung über die Mittel-standsversicherung wies der Vor-sitzende auf den neuen Vertrag mit der Hamburg-Mannheimer Versicherungs-A. G. über Volksversicherung hin, und er emp-fahl, mit dieser Gesellschaft Restbegünsti-gungsverträge abzuschließen über Kinder-

versicherung, Kriegspatenschafts-Versiche-rung und kleine Lebensversicherungen. Ferner machte er auf die Lehrlingsversiche-rung aufmerksam, die der rührige badische Verband eingeführt hat. Es kam zu einer eingehenden Aussprache über die Ver-sicherung der selbständigen Handwerker. Der Vorsitzende wies auf den Beschluß des Verbandes auf der Versammlung in Regensburg im Jahre 1910 hin, wonach der Verband der Ansicht war, daß in der Reichsgesetzgebung die Kranken- und Invalidenversicherung der selbständigen Gewerbetreibenden mit einem Einkommen bis zu 3000 M. gesetzlich ausge-sprochen werde, oder, falls dies nicht zu er-möglichen sei, Schritte getan würden, um die zwangsweise Einbeziehung in die Pen-sionsversicherung der Privatbeamten zu er-reichen. Mit diesem Beschlusse ging früher der Handwerks- und Gewerbe-kammertag einig. Gemäß des Beschlusses des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-kammertages zu Halle im Februar 1917 ist der Handwerks- und Gewerbe-kammertag von seinem frühe-ren Beschluß abgekommen, und er will eine selbständige Krankenversicherung für das selbständige deutsche Handwerk ein-führen, und zwar nicht anschließend an die Reichsversicherung, sondern durch Grün-dung neuer Krankenkassen. Eine einheit-liche Stellungnahme konnte bei der Bespre-chung nicht erzielt werden. Während man nach dem Vorgehen in Baden und Würt-temberg die Gründung selbständiger Kran-kenkassen für das selbständige Handwerk und Gewerbe für notwendig und zweck-mäßig hielt, da die Einbeziehung dieser Kreise in die Reichsversicherungsordnung in weiterem Umfang vorerst nicht zu erreichen sei, glaubte man andererseits an den Bestrebungen, dieses Ziel zu erreichen, festhalten zu sollen. Die Versammlung kam schließlich zu der Auf-fassung, daß zu dieser Angelegenheit die nächste Hauptversammlung Stellung zu nehmen habe, ehe der Verband weitere Schritte darin unternimmt.

In der folgenden Besprechung über Handwerkslehre und Fabrik-lehre gab der Vorsitzende zunächst be-kannt, daß der Wirtschaftskommissar des Reichsamts des Innern an alle Bundes-staaten die Mahnung hat ergehen lassen, auf Grund von Erhebungen des Landes-gewerbeamts in Preußen die Lehrlingsver-hältnisse in Fabrik und Handwerk einer be-sonderen Beachtung zu unterziehen. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die Zahl der Handwerkslehrlinge außerordentlich zu-rückgegangen ist, dagegen die der Fabrik-lehrlinge sich um mehr als das Doppelte vermehrt, während die Zahl der jugend-lichen Arbeiter in erschreckendem Maße begriffen ist, so daß nunmehr die Fabriken notwendigerweise daran denken müssen, durch Werkschulen auch ihre Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter theoretisch und prak-tisch auszubilden, damit bei Eintritt des Friedens wir geeignete Arbeiter für Hand-werk und Industrie vorfinden. Die Be-hauptung, das Handwerk bilde für die In-dustrie die guten Arbeiter aus, ist heute un-zutreffend. Die Industrie befürchtet das selbst und zum Teil besser als das Hand-werk. Es ist notwendig, in den ge-werblichen Schulen den Fabriklehrlingen im Unterricht mehr Rechnung zu tragen, als dies bisher geheißen ist, und durch gute Beziehungen mit der Industrie danach zu streben, das Ausbildungswesen durch ge-meinschaftliche Arbeit weiter zu fördern.

Bezüglich Wahlrecht der Ge-werbevereine zu den Hand-werkskammern war sich die Ver-sammlung darüber einig, daß der Verband bei seiner alten Forderung bestehen bleibt, die dahin geht, man solle im § 103 der Reichsgewerbeordnung die Worte streichen:

„die mindestens zur Hälfte ihrer Mitglieder aus der aus Handwerkern bestehen“.

Unter dem Punkte „Sonstige Angelegenheiten des Verbandes“ wurde in Vorschlag gebracht, daß es erwünscht sei, wenn der Verband im deutschen Ausschuss für technisches Schulwesen in Berlin vertreten ist.

Die deutsche Faserstoffausstellung

Der Name der Deutschen Faserstoff-Ausstellung, die gegenwärtig von der Reichsland-wirtschaftsstelle veranstaltet in den Ausstellungs-hallen am Zoologischen Garten zu Berlin vor-geht, ist mit Bedacht gewählt. Denn Handels-handelt sich hier keineswegs allein um einen Schaustellung, die über die Leistungsfähigkeit der heimischen Papiergarnindustrie unterrichten soll, sondern um eine wichtige zukunftsweisende Ausstellung, die auf das vielseitige Gebiet auf-einander, einheimischen Faserstoffgewinnung führen. Natürlich nehmen die Erzeugnisse der Papier-garnindustrie und deren im Betrieb vorgefährte Maschinen den größten Raum der Ausstellung ein. Einer im Kriege erkrankten massenhaften Industrie, die auch in der Uebergangszeit der Friedenszeit eine wichtige Rolle in unserm Wirtschaftsleben zu spielen berufen ist, sieht man sich hier gegenübergestellt. Aber da es klar den Zweck hat, das Ziel der größtmöglichen Befreiung der heimischen Faserstoffen nicht allein darin zu sehen, die Papierstoffe erreicht werden kann, so schließt man über die bisherigen Ergebnisse der aus der Drennerei, dem Torf und der Tapha gewonnenen Fasern, sowie über den einheimischen Hanf, Gewinn und Flachs anbau kennen lernt, nicht geringere Auf-merksamkeit. Dreierlei sind die Ziele dieser Aus-stellung: dem deutschen Landwirt soll die Bedeutung der einheimischen Faserstoffgewinnung klar gemacht, zum Anbau der geeigneten Pflanzen soll er angeregt werden. Der Industrie wird gezeigt werden, wie sie sich in Zukunft rein mit den fremden Faserstoffen tunlichst freimachen und ihre Betriebe auf die einheimischen Fasern umstellen kann. Schließlich will die Ausstellung die Vorurteile der verbrauchenden und wirt-schaftlichen Bevölkerung beseitigen, indem sie dieser die Befriedigung ihrer Bedürfnisse geeigneten Stoffen neuen Waren vorführt.

Es muß zugestanden werden, daß die in bildlicher Weise übersichtlich angeordnete Aus-stellung ihren dreifachen Zweck zu erfüllen ver-sucht ist. Die für die Garn- und Gewebefabrikation aus Papier gebauten neuen Maschinen, die man im Betriebe vorgeführt sieht, haben durch ständige Verbesserung dahin gebracht, wie dem für Spinnzwecke heißen Papierstoff (Leidungs-stoff) und Gewebe erheben zu lassen, die auf ständige immer weitergehende Befreiung der von Prof. stände zielen, die das zu textilen Zwecken der arbeitete Papier noch hat. So sind Studien-maschinen gebaut, die äußerst weiche und dünne, sowie wasserbeständige Garne verfertigen, wodurch eine Schmiegsamkeit und Haltbarkeit des Gewebes bewirkt wird, die denen der wert-vollen Faserstoffen hergestellten Erzeugnissen blühend nahekommen. Die Maschinen, welche auf der Ausstellung mit aus Papierstoff ge-fertigten oder gestrickten Treibriemen ange-führt es den und es ist ohne weiteres klar, was es für die industrielle Leistungsfähigkeit bedeutet, wenn in unsern Betrieben diese Papiertreibriemen anzu-ebenfalls ständig verbessert werden, zur Be-dienung stehen. Was die Papiergewebe für den Heeresbedarf bedeuten, darüber wird man sich leicht nicht bis ins Einzelne belehren lassen. Aber die feldgrauen Uniformen, die Säckel, Zelte aus Papiergewebe, die man vielfach ge-stellt sieht, sagen über die Kriegswichtigkeit der neuen Industrie genug.

Es mag also für eine ganze Reihe von Erzeugnissen nicht mehr zutreffen, daß sie dem Drude der Kriegsnotwendigkeit her-geleitet und gebraucht werden; man kann vielmehr weiter behaupten, daß sie sich, falls die Faserstoffindustrie eine vernünftige Preispolitik auch im Frieden behaupten werden. Und

Lehrt auch die Faserstoff-Ausstellung, daß die Zukunft der Papierstoffe, namentlich auf dem Gebiet der Bekleidung nicht ausschließlich bei reinen reinen Papiergeweben, sondern bei den in Mischgespinnst zu suchen ist. Diese Mischgespinnste, die eine Verbindung von Papier mit Stoffen und Abfällen aus tierischen und pflanzlichen Faserstoffen darstellen, kommen hinsichtlich ihrer Haltbarkeit und — was nicht zu unterschätzen ist — auch ihrem Aussehen nach den „echten“ Gespinnsten wesentlich näher. Führen sie sich ein, dann wird das Papier ein wichtiges textiles „Streckungsmittel“ werden, sobald wenn wir auch ohne die ausländischen Rohstoffquellen nicht ganz auskommen werden, so werden doch deren Einfuhr zugunsten unserer Handelsbilanz ganz erheblich herabdrücken können. Diese allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte drängen sich auch bei der Betrachtung der bisherigen Versuche zur Gewinnung und Verarbeitung einheimischer Faserstoffe auf, wie sie von den einzelnen Kriegsgesellschaften auf der Faserstoff-Ausstellung vorzuführen werden.

Da zeigt z. B. die Nessel-Anbau-Gesellschaft zahlreiche aus der deutschen Brennesselfaser gefertigte Bekleidungsgegenstände. Die Gesellschaft hat eine umfassende Organisation zur Sammlung der Nessel geschaffen und zieht eine große Zahl von Aufzuchtungsanstalten über den verschiedensten Gegenden Deutschlands an. Der Anbau der Brennessel ist ebenfalls in weitem Maße gefördert worden. Nach so schätzensvollem Urteil besitzt die Nesselaser dieselben Eigenschaften wie die Baumwolle, sie hat aus ihr den Vorzug der größeren Festigkeit. Man darf erwarten, daß es durch planmäßige Aufzucht und Gewinnung der Nesselaser gelingen wird, einen Ersatz unserer früher so erheblichen Baumwollereinfuhr entbehrlich zu machen.

Zu der wichtigen Torffaser führt die Schau des Torffaser-Kriegsaussschusses. Die Torffaser dient hauptsächlich als Wollersatz; und wird hier als Bindemittel benutzt, da sie im Anbau mit Wollabfällen und nachbrauchbaren Resten von Kleiderstoffen zu einem neuen brauchbaren Gewebe verarbeitet werden kann. Während alle früher unternommenen Versuche hierin Mißerfolg begleitet waren, ist es in Berlin gelungen, die Torffaser zur Erzeugung eigener Stoffen zu verwenden, die zuerst in Schweden unternommen worden sind, mit Erfolg zum Anbau zu bringen.

Ein sehr bedeutsamer Faktor für unsere Rohstoffversorgung verspricht auch die aus dem Rohkork (Typha) gewonnene Faser zu werden. Die Typha-Faser kommt hauptsächlich zur Herstellung von Bindfaden und Striden in Betracht, wie auch zur Fabrikation von größeren Bekleidungsstoffen, Decken, Traggurten, Filzen, Aufhängematerial usw. Durch die Forschung von Prof. Dr. Paul Hoering, dem Leiter der Faserstoff-Ausstellung vertretenen Studienkommission für Typha-Faser, ist es gelungen, aus den beiden hauptsächlichsten heimischen Typhaarten, der breitblättrigen und namentlich der schmalblättrigen, der wertvolle Faserpflanze zu entdecken. Die im Kriege gegründete Deutsche Typha-Verwertungsgesellschaft besorgt seit mehr als einem Jahre die Erntung des Rohkorkens und liefert es den verschiedenen Textilwerken zu, die sachmännisch nach dem als Geheimverfahren patentierten Verfahren von Prof. Hoering in der Bedeutung dieses neuen Faserstoffes, der für Kennzeichnung als eine ebenso typische Faser wie Hans oder Jute von Prof. Hoering den Namen Typha-Faser erhalten hat, geht zur Kenntnis aus dem Umstande hervor, daß die Deutsche Typha-Verwertungsgesellschaft für das Jahr 1917/18 eine Werbung von mehreren hunderttausend Doppelzentner Rohkorkens, im Durchschnitt 20—25 v. H. Faserausbeute erzielt, sich gesichert hat. Die Typha-Faser tritt als Pflanzensaser ganz neu in Erscheinung; sie spricht besonders, daß zu ihrem Anbau in weiten Kulturland nötig ist, das dadurch wichtigen Zwecken entzogen wird, weil es gerade in feuchten Gegenden sind, die ohne weitere

Restorationen zu reichem Ertrag gebracht werden können.

So eröffnet die Deutsche Faserstoff-Ausstellung, die bis Ende April in Berlin bleiben wird, um dann nach Düsseldorf und nach Leipzig überführt zu werden, für die deutsche Faserstoffindustrie reiche Zukunftsaussichten. Daß die Versuche, uns von den ausländischen Faserstoffen frei zu machen, in Deutschland während des Krieges mit derartigem Eifer durchgeführt werden, zeugt nicht zum wenigsten für unsere Rüstung im kommenden Wirtschaftskampf.

Das preußische Wohnungsgesetz.

Das neue Wohnungsgesetz vom 28. März 1918 ist am 1. April ds. Js. in Kraft getreten, nachdem dasselbe jahrelang vorbereitet worden war. Das Gesetz hat von vornherein darauf verzichtet müssen, die Wohnungsfrage restlos zu lösen. Die endliche Verabschiedung des Gesetzes in der heutigen Zeit geschah besonders im Hinblick auf den Wohnungsmangel, der heute schon vielerorts besteht und der mit der längeren Dauer des Krieges immer mehr verschärft wird. Das Wohnungsgesetz bezweckt daher in erster Linie die Bekämpfung des Wohnungsmangels und in zweiter Linie die Beseitigung der Wohnungsmängel. Der Artikel 1 bringt zunächst eine Reihe von Abänderungen und Ergänzungen des Fluchtliniengesetzes vom 2. Juli 1875 zur Erleichterung und Verbesserung der Baubaunderstellung mit Rücksicht auf das Wohnungsbedürfnis. Während früher im Vordergrund dieser Vorschriften die Rücksicht auf das Verkehrsbedürfnis stand, ist nunmehr vorgezeichnet, daß bei Festlegung der Fluchtlinien in erster Linie für das Wohnungsbedürfnis zu sorgen ist, insbesondere für Wohnzwecke Baublöcke von angemessener Tiefe, Straßen von geringerer Breite und ferner Plätze (auch Gartenanlagen, Spiel- und Erholungsplätze) in ausgiebiger Zahl und Größe vorzusehen sind. Es wird ferner bestimmt, daß die polizeilichen Vorschriften für die Herstellung und Erhaltung der Straßen je nach deren Bedeutung als Hauptverkehrsstraßen, Nebenverkehrsstraßen, Wohnstraßen abgestuft werden sollen, und daß für Wohnstraßen und Wohnwege der Fußverkehr beschränkt werden kann. Hiermit sind in erfreulicher Weise für die Gestaltung der Bebauungspläne und den Ausbau der Straßen die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Bedürfnisse des Wohnungswesens in den Vordergrund gerückt und als in erster Linie maßgebend betont.

Eine wohnungspolitisch interessante Abänderung hat auch das sogenannte Ortsstatutarische Bauverbot gefunden, indem der Bezirksausschuß berechtigt ist, von dem Bauverbot Dispens zu erteilen, wenn ein Bedürfnis nach Klein- oder Mittelwohnungen besteht und begründete Aussicht vorhanden ist, daß der Eigentümer diesem Bedürfnis durch den Bau gesunder und zweckmäßig eingerichteter Wohnungen Rechnung trägt und kein überwiegendes berechtigtes Gemeininteresse entgegensteht. Darin liegt eine Begünstigung und Förderung des Flachbaus vor dem Hochbau, die dadurch noch gesteigert wird, daß die Beiträge und Gebühren für Gebäude an Straßen, die ihrer Lage und Ausstattung nach besonders für Wohnungen Minderbemittelter geeignet erscheinen und mit dem Anbau von Häusern von höchstens einem Obergeschoß über dem Erdgeschoß bestimmt sind (Kleinwohnungsstraßen) durch Ortsstatut ganz oder teilweise erlassen oder gekürzt werden können, wenn die Gebäude hauptsächlich für Wohnungen der bezeichneten Art oder für gemeinnützige Einrichtungen zugunsten der Minderbemittelten bestimmt sind.

Der Artikel 2 bestimmt unter anderem, daß in Rücksicht auf das Wohnungsbedürfnis der erforderliche Grund und Boden in einem besonderen erleichterten und vereinfachten Verfahren auf Anordnung des Ministers der öffentlichen Arbeiten enteignet werden kann.

Diese Vorschrift soll allerdings nur bis zum 31. Dezember 1926 gelten.

Da an manchen Orten die Mißstände des Wohnungswesens darauf zurückzuführen sind, daß innerhalb eines Gemeindebezirk es an ausreichendem Baugelände fehlt und in solchen Fällen nur eine Eingemeindung oder Umgemeindung helfen kann, so bringt das Gesetz die wichtige Neuerung, daß die Rücksicht auf das Wohnungsbedürfnis als ein öffentliches Interesse im Sinne der Eingemeindungs- und Umgemeindungs-Gesetze anzusehen ist, welches die Eingemeindung auch gegen den Willen der beteiligten Gemeinden oder sonstigen Kommunalverbände oder Grundeigentümer rechtfertigt.

In Artikel 4 bringt das Gesetz baupolizeiliche Vorschriften, aus denen besonders hervorzuheben ist die Förderung der offenen Bauweise in ländlichen Gegenden, die Trennung von Industrie- und Wohnvierteln, die befriedigende äußere Gestaltung der Bauten unter Berücksichtigung des Denkmals- und Heimatschutzes.

Die Benutzung der Gebäude zum Wohnen und Schlafen kann durch allgemeine Vorschriften (Wohnungsordnungen) im Wege der Baupolizeiverordnung geregelt werden. Der Durchführung der Wohnungsordnungen dient die Wohnungsaufsicht. Sie liegt dem Gemeindevorstand ob, der sich von dem zuständigen Wohnungswesen fortlaufend Kenntnis zu verschaffen, auf die Fernhaltung und Beseitigung von Mißständen sowie auf die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse hinzuwirken und die Befolgung der Vorschriften der Wohnungsordnung zu überwachen hat. Gemeinden von mehr als 100 000 Einwohnern sollen besondere Wohnungssämter errichten, für kleinere Gemeinden genügt die Anstellung einzelner sachkundiger Wohnungsaufsicher. Auch sollen nach Bedarf gemeindliche Wohnungsnachweise für kleinere Wohnungen eingerichtet werden, denen die Vermieter solche Wohnungen an- und abzumelden haben.

Da es zweifelhaft ist, ob die gewerbliche Bautätigkeit alsbald in ausreichendem Umfang in der Lage sein wird, dem bestehenden oder noch eintretenden Wohnungsmangel abzuhelfen, so stellt das Gesetz der Staatsregierung zur Förderung der Bautätigkeit den Betrag von 20 Millionen Mark zur Beteiligung des Staates mit Stammeinlagen bei gemeinnützigen Bauvereinigungen zur Verfügung. Als gemeinnützige Bauvereinigungen gelten solche jeder Art ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform, insbesondere auch Baugenossenschaften.

Technisches.

Holzbeizen als Dekorationsmittel.

(H. G. v. d. W.)

ATK. Das Beizen der Hölzer ist heute in der Möbelfischerei und Holzarchitektur von ganz anderer Bedeutung als noch vor wenigen Jahrzehnten; während der letzten 20 Jahre haben sich ja auch die größten Umwälzungen in der Beiztechnik vollzogen. Ursprünglich kannte man nur braune Beizen; man suchte die teuren farbenbrächtigen, mehr oder minder intensiv gefärbten tropischen Hölzer durch Tränkung wohlfeiler heimischer Hölzer mit Beizen zu imitieren, namentlich auch hell getönten Hölzern dunklere Farbentöne zu verleihen. Diese braune, der Natur der meisten Hölzer angemessene Färbung machte es aber erforderlich, die ganze Ausstattung des Raumes diesem Grundton der Möbel, bzw. der Wand- und Deckentäfelung usw. anzupassen, wodurch der freien Phantasie des Architekten und Dekorateurs Fesseln angelegt wurden. Das trat aber erst deutlich zu Tage, als sich hervorragende Künstler in den Dienst der Innendekoration stellten, die sich nun zu einer besonderen Kunst entwickelte. Man erkannte, daß Licht und Farbe die Faktoren sind, die einem Raum eine behagliche oder kalte, eine ernste oder heitere Stimmung verleihen, und daß es zwischen diesen Extremen eine große Reihe von Abstufungen gibt, für die uns, wie für Tausende von Farbmischungen, die Bezeichnungen fehlen. Es steht jedenfalls

fest, daß man durch bestimmte Farben- und Lichtstimmungen ebenso auf das Gemüt des Menschen zu wirken vermag, wie durch eine Folge von Tönen. Der Absicht des Künstlers, einen Raum nach einer bestimmten Idee farbig zu behandeln und so die beabsichtigte Stimmung hervorzurufen, stand aber die einheitliche braune Färbung der Möbel und Holzarchitektur häufig hindernd im Wege. So entwickelte sich die Forderung nach einer reicheren Farbenskala der Holzbeizen, welcher die Farbentechnik in den letzten Jahren mehr und mehr gerecht wurde.

Das große Verlangen nach reichen Farbedelationen begünstigte aber nicht nur die Industrie der Beizen. Die gewünschten Farbstimmungen, ja weit reichere Farbedelationen, lassen sich durch Deckfarben, die mit Hilfe eines geeigneten Bindemittels, wie Leinöl, Firnis, Terpentinöl, auf die Holzflächen gebracht werden, erreichen. Ja, man vermag sogar auf diesem Wege auch geringwertigen Hölzern eine gewisse Pracht zu verleihen. Aber Deckfarben verkleben die Holzfläche so vollkommen, daß man nicht einmal die verwendete Holzart zu erkennen vermag, während die lichtdurchlässigen Holzbeizen die charakteristische Textur und Maserung der Hölzer zur Geltung bringen, die der Kunstschler und Kunstschmied nicht weniger schätzt als die Pracht der Farben.

Diese Wirkung der Beizen beruht auf ihrer Eigenschaft, bis zu einer gewissen Tiefe in das Holz einzudringen und die färbende Substanz in dem Zellengewebe des Holzes abzulagern, während das Lösungsmittel der Beizen (Wasser, Terpentin, Spiritus) verdunstet. Da die Struktur des Holzes aber nicht eine gleichförmige Masse, diese vielmehr in ihren Teilen eine ungleiche Härte und Dichtigkeit aufweist, so dringt die Beize in manche Partien leicht ein, während andere, härtere Bestandteile nur wenig Farbstoff aufnehmen. Die hellere oder dunklere Färbung der Holzmasse entspricht also der natürlichen Struktur der verschiedenen Hölzer, so daß ihre Eigenart durch die Beizung hervorgehoben wird. Dies tritt selbst bei den härteren Laubhölzern zutage, am deutlichsten allerdings bei unseren heimischen Nadelhölzern, bei denen z. B. die harten Jahresringe sehr kräftig gegen die dazwischen liegenden weichen Teile hervortreten. Mögen wir nun die Färbung des Holzes durch die gewöhnlichen Farbstoffbeizen oder auf einander folgende Einwirkung von Chemikalien, durch Räuchern mit gasförmigem Ammoniak oder auch durch Einwirkung von chemischen Stoffen auf den im Holz enthaltenen Gerbstoff bewirken — eine Beeinträchtigung oder Verdeckung der natürlichen Schmuckformen des Holzes ist bei dieser Technik jedenfalls ausgeschlossen. Das ist der Grund für die hohe Wertschätzung, deren sich die Beiztechnik erfreut, wie für ihre außerordentliche Entwicklung unter dem Einflusse des Kunstgewerbes unserer Zeit.

Fr. Hth.

Nassauische Landesbank, Sparkasse und Lebensversicherungsanstalt im Jahre 1917.

Aus dem soeben erschienenen Jahresbericht der Direktion der Nassauischen Landesbank über die Ergebnisse der von ihr verwalteten drei Anstalten für das Jahr 1917 teilen wir folgendes mit:

Der Entwurf zur Abänderung des Landesbankgesetzes, durch den die Verzinsungsgrenze bei Hypotheken auf 60 Prozent erhöht und die Gewährung zweiter Hypotheken bis zu 75 Prozent des Wertes zugelassen ist, liegt noch immer bei den gesetzgebenden Körperschaften. Die Verabschiedung ist in nächster Zeit zu erwarten. Ende des Jahres 1917 verfügte die Landesbankdirektion über 229 Kassenstellen, nämlich die Hauptkasse in Wiesbaden, 28 Filialen (Landesbankstellen), 199 Sammelstellen und eine Annahmestelle. Die Zahl der der Direktion unterstellten Beamten und Hilfs-

arbeiter beträgt 424. Die große Selbstflüssigkeit im abgelaufenen Jahre führte der Landesbank und Sparkasse erhebliche Geldmittel zu. An Schuldverschreibungen der Landesbank wurden 12,4 Millionen Mark abgesetzt, der Betrag der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen erhöhte sich damit auf 203 Millionen Mark. Die ersten Hundert Millionen wurden erst in 65 Jahren erreicht, während die Erreichung der zweiten Hundert Millionen nur des Zeitraums von 12 Jahren bedurfte.

Ganz überraschend war die außerordentliche Zunahme der Spareinlagen, die sich bei 92,4 Millionen Mark Einzahlungen und 56,9 Millionen Mark Rückzahlungen auf 41,5 Millionen Mark beziffert, eine im Laufe der Entwicklung der Nassauischen Sparkasse bisher nicht annähernd erreichte Jahreszunahme. Damit hat der Einlagenbestand 207,8 Millionen Mark erreicht. Auch hier bedurfte die Erreichung der zweiten Hundert nur der Frist von 9 Jahren gegenüber 38 Jahren für die ersten Hundert Millionen. Die Zahl der Sparassistenten beträgt 267 903. Auch die Scheck- und Depositengelder haben eine erhebliche Zunahme von 33 auf 52,7 Millionen Mark zu verzeichnen, die Zahl der Konten vermehrte sich von 5218 auf 7082. Sehr erheblich war ferner die Zunahme des Depotgeschäfts. Der Kennwert, der zur Verwahrung und Verwaltung übergebenen Wertpapiere stieg von 209,4 auf 248,4 Millionen Mark, die Zahl der Konten von 17 980 auf 21 062. Sämtliche Landesbank-Schuldverschreibungen werden jetzt gebührenfrei verwahrt und verwaltet. Die in dem Neubau des Landesbankgebäudes in Wiesbaden, sowie in den neueren Gebäuden der Landesbankstellen eingerichteten Stahlkammern mit verriegelbaren Schranzfächern erfreuen sich lebhafter Benutzung seitens des Publikums.

Die Nachfrage nach Hypotheken- und Gemeindepfandbriefen war erheblich geringer wie in den Friedensjahren und erreichte nur die Höhe von 5,8 Millionen Mark, der Gesamtbestand an Hypotheken beläuft sich auf 40 726 Pfosten in Höhe von 264 Millionen, derjenige an Gemeindepfandbriefen auf 2309 Pfosten im Betrage von 33,2 Millionen Mark. Dagegen war die Inanspruchnahme seitens der Kreise und Gemeinden zwecks Beschaffung der Mittel für Familienunterstützungen und Nahrungsmittel

eine sehr große, von derartigen kurzfristigen Krediten waren am Ende des Jahres 85,7 Millionen Mark in Anspruch genommen.

Die Förderung der Zeichnungen auf sechste und siebente Kriegsanleihe hatte großen Erfolg. Es wurden unter starker eigener Beteiligung für beide Anleihen zusammen 11 Millionen Mark in 164 680 Einzelposten gezeichnet, darunter aus Sparguthaben 16,7 Millionen Mark.

Die Nassauische Lebensversicherungsanstalt vollendet ihr viertes Geschäftsjahr mit 13 000 Versicherungen über 15 Mill. M.

Bücherschau.

Job. v. Hein, Lehrbuch für den Schreiner. Band 1, Selbstverlag des Verfassers.

Aus Natur und Geisteswelt, B. G. Teubner Verlag, Leipzig-Berlin, liegen uns folgende Bändchen vor:

Planimetrie zum Selbstunterricht. Von Prof. P. Grunz. 2. Aufl. 94 Figuren im Text. (IV u. 115 S.) 8. Bd. Geb. 1,20 M., geb. 1,50 M.; Teuerungszuschlag 30 Prozent.

Der Weg zur Zeichenkunst. Bändchen für theoretische und praktische Ausbildung. Von Dr. Ernst Weber. 2. Aufl. 81 Abbildungen und 1 Farbtafel. (II 86 S.) 8. Bd. 430. Geb. 1,20 M., geb. 1,50 M.; Teuerungszuschlag 30 Prozent.

Soziale Bewegungen und Tugenden bis zur modernen Arbeitsbewegung. Von Gustav Mayer. 5. Aufl. 21-27. Tausend. (IV u. 131 S.) 8. Bd. Geb. 1,20 M., geb. 1,50 M.; Teuerungszuschlag 30 Prozent.

Sebezeuge. Hilfsmittel zum Geben flüssiger und gasförmiger Körper. Von R. Vater, Geh. Bergrat, ord. Professor an der Techn. Hochschule, Berlin. Mit 57 Abbildungen im Text. 2. Aufl. 6. (VI, 98 S.) Geb. 1,20 M., geb. 1,50 M.

Schreinerei-Maschinen-Einrichtung

möglichst komplett (evtl. auch einz. gebr.) von Schreinermeister zu kaufen gesucht. Angebote an Valentin Göller, Schreinermeister, Höchst a. M.-Unterliederbach.



Nassauische Landesbank Nassauische Sparkasse

Wiesbaden, Rheinstraße 44. — Fernruf 833, 844, 893, 6172

Mündelsicher, unter Garantie des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden. Die Nassauische Landesbank ist amtliche Hinterlegungsstelle für Mündelsicherheiten. Reichsbankgirokonto. — Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 606 28 Filialen (Landesbankstellen) u. 208 Sammelstellen im Regierungsbezirk Wiesbaden 30 Sammelstellen in Frankfurt und seinen Vororten.

Mündelsichere Anlagen.

in Schuldverschreibungen der Nassauischen Landesbank, auf Sparkassenbücher der Nassauischen Sparkasse, auf gebührenfreien Verzinsungskonten täglich fällig oder unter Festlegung mündelsicherer Kündigungsfrist.

Darlehen und Kredite in laufender Rechnung

gegen Hypothek, Bürgschaft oder Verpfändung von Wertpapieren, ferner an Gemeinden und öffentliche Verbände mit oder ohne besondere Sicherstellung.

Sonstige Geschäftszweige

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren (offene und geschlossene Depots), Vermietung verschließbarer Schrankfächer, An- und Verkauf von Wertpapieren, Einziehung von Wechseln und Schecks, Einlösung fälliger Zinsscheine.

Nassauische Lebensversicherungs-Anstalt

Behördliches Institut des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden. Gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts.

Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 17 600. Fernruf wie oben.

Alle Arten von Lebensversicherung gegen niedrigste Aufwendungen.

Direktion der Nassauischen Landesbank.